

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Oldenburger Landeszeitung. 1884-1886 1884**

17.11.1884 (No. 142)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-995652](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-995652)

Die „Oldenburger Landeszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage.

Vierteljährlicher Abonnementspreis excl. Postgeld 2 M., mit Postgeld 2,40 M. Inzeratenpreis für die 4 Spalt. Zeile 10 S., von außerhalb des Großherzogthums 15 S.

Redaction: Gaststraße 1.

Expedition: Mottenstraße 1.

N<sup>o</sup> 142.

Montag, den 17. November

1884.

Das Anwachsen der Socialdemokratie und seine Ursache und Wirkung.

Von socialdemokratischer Seite ist kürzlich ein Vergleich der am 28. October für Candidaten dieser Partei abgegebenen Stimmen mit der Zahl der bei den Wahlen seit 1877 erlangten aufgestellt worden, aus dem sich ergeben soll, daß die Socialdemokratie 50 000 Stimmen mehr erhalten hat, als jemals vor Erlass des Socialistengesetzes. Ein vollständiges Bild des allmählichen, durch das Ausnahmegesetz nur vorübergehend unterbrochenen Anwachsens der socialdemokratischen Stimmen giebt folgende Tabelle: Die Candidaten dieser Partei erhielten 1871: 101,927; 1874: 351,670; 1877: 493,447; 1878: 437,158; 1881: 311,961; 1884: 550,000 Stimmen. Wenn 1881, d. h. bei den ersten Wahlen nach Erlass des Socialistengesetzes die Stimmzahl der Socialdemokraten noch erheblich hinter die schon im Jahre 1874 erreichte Zahl zurückging, so haben die letzten Wahlen bewiesen, daß der von den Vertheidigern jenes Gesetzes am höchsten geschätzte Effect des Gesetzes, nämlich der moralische Eindruck dieser Verurtheilung der auf die Umgestaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen, in keiner Weise nachhaltig gewesen ist. Wodurch diese Wirkung des Gesetzes paralytisch worden ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Die officiösen Feiern werden sich vergeblich bemühen, den Schrecken, den das Anwachsen der socialdemokratischen Bewegung in gewissen Kreisen der Bevölkerung hervorruft, auch jetzt noch durch die Behauptung zu paralytisiren, daß der entschiedene Liberalismus der Socialdemokratie das Feld bestell habe. Bei den letzten Wahlen sind Wahlkreise in die Hände der socialdemokratischen Candidaten übergegangen, in denen der „Fortschritt“ einen nennenswerthen Einfluß nicht geübt hat. Es genügt, an die Wahl v. Bollmar's in München II, an diejenige Meister's in der Stadt Hannover zu erinnern.

Was der Socialdemokratie dieses Mal zu ihren großen Erfolgen verholfen hat, ist gerade die Abschwächung der Furcht vor ihren utopistischen Ideen durch eine Gesetzgebung, die erklärter Maßen davon ausging, daß die Lage der Arbeiterbevölkerung eine beklagenswerthe und der Abhilfe dringend bedürftige sei, und daß diese Abhilfe nur durch das entschiedene und rücksichtslose Eingreifen des Staates in die socialen Verhältnisse zu beschaffen sei. Als aber die Bestrebungen der Regierung in dieser Richtung auf den entschiedenen Widerstand der gebildeten Classen der Nation stießen, nicht weil diese eine Besserung der Lage der Arbeiter nicht zulassen wollten, sondern weil sie die socialpolitische Methode der Regierung beanstandeten, wurde von Seiten der letzteren, namentlich in der beeinflussten Presse, der Versuch gemacht,

die Unterstützung, welche von den Mittelclassen verweigert wurde, seitens der Arbeiterbevölkerung selbst zu erlangen oder, wie sich die hochofficiösen „Grenzboten“ s. B. ausdrückten, die gebildeten Classen der Nation durch die ungebildeten zu überwinden, nach dem Satze: Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo. Dieser Appell an die unterirdischen Mächte ist nicht vergeblich gewesen. Aber die Massen, die dem Rufe folgten, haben nicht, wie erwartet wurde, an der Seite der Regierung, sondern der Regierung gegenüber Stellung genommen. Nichtsdestoweniger hat man in dem Umstande, daß die Socialdemokratie in der Wahlagitacion ein sog. gemäßigtes Programm in den Vordergrund stellte, den Beweis sehen wollen, daß das Socialistengesetz die revolutionäre Strömung in der Partei mehr in den Hintergrund gedrängt habe. Außerlich betrachtet, ist das nicht unrichtig; aber es beweist nur, daß die Partei sich der Hoffnung hinzugeben beginnt, die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung werde sich auch ohne gewaltsame Mittel, lediglich mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts in's Werk setzen lassen.

Das Ergebnis der letzten Wahlen ist dazu angethan, diese Hoffnungen zu kräftigen. Die parlamentarische Benützung der Partei hat in der überraschendsten Weise zugenommen. Im Jahre 1871 bei 101,927 Wahlstimmen war die Socialdemokratie im Reichstage nur durch ein einziges Mitglied vertreten. 1874 bei 351,670 Wahlstimmen stieg die Zahl der Abgeordneten auf 9; 1878 bei 493,447 Wahlstimmen auf 12. Im Jahre 1878 sank dieselbe, obgleich die Zahl der Wahlstimmen nur auf 437,158, d. h. um ca. 50 000 herunterging, wieder auf 9. Im Jahre 1881 dagegen stieg die Zahl der socialdemokratischen Mitglieder des Reichstags auf 12, obgleich die Wahlstimmen auf 311,961 gesunken waren. Im neuen Reichstage werden die socialdemokratischen Mitglieder zum mindesten auf die doppelte Zahl (24) von 1878 steigen, obgleich die Wahlstimmen sich nur um 50 000 vermehrt haben. Diese Wahlen sind aber die ersten, bei denen die socialdemokratische Partei vollständig aus der Isolirung, in welche sie durch das Socialistengesetz versetzt war, herausgetreten und bündnisfähig, nicht nur für die Gegner, sondern auch für die Freunde der Regierungspolitik, geworden ist. „Lieber zehn Socialdemokraten, als einen Freisinnigen“, das ist das Stichwort der neuesten Wahlcampagne. Das ist die Parole, mit der die Conservativen und Nationalliberalen, die „mittlerparteiliche“ Coalition, die „Gemäßigten“, den principielle Begnern des bestehenden Staates die Hand reichen, um dem Liberalismus ein Bein zu stellen. Wie widersinnig diese Politik ist, wird die nächste Zukunft lehren. Um die Freisinnigen zu schwächen, hat man die socialdemokratischen Candidaturen begünstigt

und wird es demnächst erfahren, daß auch die mit Hilfe der conservativen und nationalliberalen Stimmen gewählten Vertreter der Socialdemokratie nur der Opposition im Reichstage zur Stütze dienen.

Politische Uebersicht.

Die „Lib. Corr.“ schreibt: Der Verlauf der Stichwahlen scheint die calculatorischen Fähigkeiten der „nationalliberalen“ Fraktionspolitiker gestört zu haben. Der „Hann. Courier“ meint, der hartnäckige Kampf um jeden Schritt breit neuen Terrains werde sicherer Voraussicht nach heute damit zu Ende gehen, daß sich beide liberale Parteien, d. h. die freisinnige und die nationalliberale, mit je 54 bis 56 Mandaten gleich stark gegenüberstehen. Nun haben die Nationalliberalen, selbst wenn ihnen die Mandate der Herren v. Fischer, Leemann und v. Lenz, welche der „Reichsanzeiger“ nach der Angabe der Wahlkommissare der deutschen Reichspartei zuwies, zu Gute gerechnet werden, bis heute 49 Mitglieder, die deutschfreisinnigen dagegen 60. Die Resultate von 6 Stichwahlen, bei denen freisinnige Candidaten mit guter Aussicht betheilig sind, stehen noch aus, ebenso die Nachwahl in Danzig. Nach der Berechnung der „Köln. Ztg.“ besitzen die conservativen Parteien und die Nationalliberalen zusammen schon jetzt im Reichstage mehr als 170 Stimmen. Nach unserer Rechnung haben die deutschconservativen bis jetzt 73, die deutsche Reichspartei 30 Mitglieder, also zusammen 103. Dazu 49 Nationalliberale ergibt für die conservativ-nationalliberale Coalition nicht „mehr als 170“, sondern nur 152 Mitglieder. Ebenso falsch ist die Berechnung des „Hann. Cour.“, daß sich die Extrem-Conservativen, die Gemäßigten-Conservativen, die Nationalliberalen und die Socialisten in den Verlust der Freisinnigen ziemlich gleich theilen. Die Deutschconservativen haben bis jetzt an die Freisinnigen drei Mandate verloren, und von ihnen, mit Hilfe theils der Nationalliberalen, theils des Centrums 18, definitiv also 15, gewonnen. Die deutsche Reichspartei hat an die Freisinnigen 3 Mandate verloren, aber 8 von ihnen gewonnen; definitiv also nur 5 gewonnen. Die Nationalliberalen haben von den Freisinnigen 10 Mandate gewonnen und 2 an dieselben verloren; also definitiv 8 gewonnen. An die Socialdemokraten haben die Freisinnigen 7 Mandate verloren. Das Avanciren auf der ganzen Linie hat also den Nationalliberalen bis jetzt 8 — sage und schreibe: 8 freisinnige Mandate eingetragen.

In Bezug auf die Braunschweiger Frage wird der „Zitt. Ztg.“ aus Hannover als zuverlässig gemeldet, daß der Regenthschaftsrath den Prinzen Albrecht von Preu-

Fenilleton.

Schauspieler auf Reisen.

Humoreske von Alwin Helm.

[Nachdruck verboten.]

Es war eigenthümlich: Herr Friedmann Bettenpaul, obgleich er alljährlich eine längere Reise unternahm, erlebte darauf niemals etwas. Wenn er zurückgekehrt war und Mittags an der Wirthstafel des ersten Hotels der Stadt, Abends am Stammtisch im städtischen Weinkeller, seine alten Bekannten wieder traf, so wußte er weiter nichts anzugeben, als die Orte, wo er gewesen war, die Wirthshäuser, in denen er gut gespeist, und die Weinorten, die ihm gemundet hatten. Ein Abenteuer aber, wie es doch Andere erlebten, die lange nicht so viel Geld hatten, als er, — ein Abenteuer war ihm noch nie zugestoßen.

Herr Friedmann Bettenpaul war ein Junggeselle in reiferen Jahren, Inhaber eines blühenden Geschäfts, leidlich gesund, ziemlich solide, und hatte nicht allein sich selbst sehr lieb, sondern auch eine hohe Meinung von der Bedeutung seiner hageren Person. Und deshalb ärgerte es ihn nicht wenig, daß er jedesmal nach einer Reise nur das zu erzählen wußte, was seine guten Freunde nicht einmal hören wollten. Wäre er nicht ein arger Philister gewesen, dem jegliche Erfindungsgabe mangelte, so würde er von anderen Reisenden ein paar alte Schnurren sich angeeignet und sich auf den Leib gelogen haben. Aber daran dachte Herr Friedmann Bettenpaul nicht, und wenn er's versucht hätte, so würde er Niemand damit getäuscht haben, denn sein Erzählertalent war sehr schwach, wie er im Allgemeinen zu denjenigen Leuten gehörte, die lieber nehmen als geben, lieber zuhören als sprechen und sich lieber bedienen lassen, als selbst zugreifen.

Nun traf sich vor einigen Jahren, daß in der Sommerfaison das Geschäft des Herrn Bettenpaul sehr flott gegangen war, so daß er die geplante Reise nach Schweden und Norwegen hatte unterlassen müssen. Erst als der Herbst bereits vor der Thür stand, konnte er für eine Woche los-

kommen. Aber wohin sollte er nun seine Schritte noch lenken? — Bettenpaul entschloß sich endlich, nach mühsamer Ueberlegung, den Harz zu besuchen, denn er bisher, als den Ferientummelplatz des Mittelstandes, auf fünfzig Meilen in die Runde, vornehm vermieden hatte. Und dort erlebte Herr Friedmann sein erstes — und wahrscheinlich letztes — Reiseabenteuer.

Das aber ging folgendermaßen zu. Von der Hofstrasse ließ sich Bettenpaul nach rühmlichst bestandener Mittagsmahlzeit nach Treseburg fahren. Er war durstig gewesen und hatte im Weingenuß ein Uebriges gethan, so daß er, einmal unterwegs, sehr bald einnickte und der Kutscher nicht nöthig hatte, seinetwegen an Aussichtspunkten stille zu halten, sondern sich ununterbrochen mit der Bändigung seiner Pferde beschäftigen konnte. Als der Wagen vor dem Gasthose in Treseburg plötzlich stillstand, erwachte er und rief sich verwundert die schlafgerötheten Augen. Vollständig munter wurde er erst, als er den Kutscher ablöschte, so munter sogar, daß er den Versuch machte, von dem ausbedungenen Miettpreise des Wagens fünfzig Pfennig abzuhandeln. Sodann begehrte er von dem herbeigeeilten Kellner ein Zimmer an beßerer Lage. Er bekam zur Antwort, die Zimmer seien sämtlich besetzt, bis auf einen Salon, in welchem Raum für vier Betten sei und der für eine größere Gesellschaft reservirt bleiben müsse.

Herr Friedmann Bettenpaul glaubte kein Wort von dieser Auskunft. Er sei nicht von geltern, gab er zurück, er kenne die Arglist der Wirthe und ihrer Kreaturen, er werde sich keinen Salon zu vierfachem Preise aufhalten lassen, er nicht. Der Kellner blieb indessen bei seiner Aussage und rief dem wendenden Kutscher zu, er möge warten, da der Herr weiterfahren werde. Dazu hatte denn doch Bettenpaul keine Lust; auch erwog er, daß ihm der Wagen ebenjoviel kosten werde als der Salon mit Raum für vier Beten. Er biß also in den sauren Apfel, nahm den Salon, ließ sein Gepäck hinausschaffen und richtete sich häuslich ein.

Es war ihm nun doch lieb, daß er ein Obdach für die nächste Nacht hatte und mit Seelenruhe dem Ansturm der

nach ihm kommenden Reisenden zusehen konnte. Er bemerkte wirklich, daß einige vorfahrende Gäste abgewiesen wurden und mit verdrießlichen Gesichtern ihre Reise fortsetzten, und die Tasse Kaffee, die er sich im Freien hatte verabreichen lassen, schmeckte ihm ganz vorzüglich, da sie mit Schadenfreude gewürzt war. Er zündete sich eine Cigarre an und blätterte behaglich in seinem Führer durch den Harz, um sich zu unterrichten, was ihm in dem Neste, welches er gegenwärtig mit seinem Besuche beehrte, zu besehen obliege. Währenddem trat der Wirth an ihn heran, stellte sich vor und sagte dann, er habe eine Bitte vorzutragen. Sofort setzte sich Herr Friedmann Bettenpaul innerlich in Vertheidigungszustand und fragte unwirsch, was von ihm begehrt werde. Der Wirth führte aus, es sei joeben ein junges Ehepaar, auf der Hochzeitsreise begriffen, eingetroffen, das dringend ein Unterkommen für die Nacht suche. Die Frau sei leidend und unfähig, die Reise fortzusetzen. Nun sei kein Zimmer für das Paar mehr vorhanden, wie Herr Bettenpaul ja wisse, da er selbst das letzte bekommen habe; ob er, Herr Bettenpaul, nicht die Güte haben wolle, sein Zimmer an die Fremden abzutreten? Ein Herr könne wohl einmal für eine kurze Sommernacht auf dem Sopha vorlieb nehmen.

Während der bescheidenen Rede des Wirths hatten sich auf der Stirne Bettenpaul's dunkle Wolken angesammelt. Es sei eine wunderbare Zumuthung, brach er los, daß er auf einem alten Sopha campiren solle, um wildfremden Leuten gefällig zu sein. Wie der Wirth dazu komme, gerade an ihn dies Ansuchen zu stellen?

Die übrigen größeren Zimmer seien von Pensionären bewohnt, entschuldigte sich der Wirth, deren Anrechte älter seien als das seinige.

„Das junge Ehepaar hätte früher kommen sollen,“ entschied Bettenpaul kurz. „Was ich habe, halte ich.“ — Damit wandte er sich wieder seinem Bude zu.

„Bedenken Sie doch den Zustand der Frau,“ bat der Wirth.

Ein grimmißes Lächeln verhäßlichte die Züge Bettenpaul's. „Ich habe da vorhin hinter Ihrem Hause,“ sagte er, „ein hübsches Schweineköllchen bemerkt, das gerade leer

fen zum Regenten gewählt habe; der Kaiser habe bereits die Wahl bestätigt mit der Bestimmung, daß eine Uebergabe der Regierung erst nach Ablauf der dem Regentenschaftsrath zustehenden Regierungsfrist von einem Jahr erfolgen solle. Bei der Uebergabe der Regierung solle die Erhebung des Herzogthums zum Großherzogthum stattfinden. Die Nachricht klingt zwar nicht unglaublich, dürfte aber doch wie alle diesbezüglichen Meldungen mit Vorsicht aufzunehmen sein.

Der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1885/86 liegt jetzt vollständig vor. Der bezügliche Gesetzentwurf lautet in seinem Hauptparagrafen: „Der diesem Gesetze als Anlage beigefügte Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1885/86 wird wie folgt festgestellt: in Ausgabe auf 622 942 357 M., nämlich auf 557 407 592 M. an fortdauernden und auf 65 534 765 M. an einmaligen Ausgaben und in Einnahme auf 557 407 592 M. an fortdauernden und auf 65 534 765 M. an einmaligen Ausgaben und in Einnahme auf 622 942 357 M.“ Dazu kommt nach § 2 der dem vorjährigen entsprechende Besoldungsetat für das Reichsbank-Directorium in Höhe von 132 000 M. Von den Einzelletats ist noch der der Militärverwaltung von Bayern nachzutragen, der auf 342 090 179 M., 2 217 689 M. mehr als im Vorjahre, normirt ist. An dem Mehr der fortdauernden Ausgaben gegen das Vorjahr (12 658 270 M.) participirt in erster Linie die Marineverwaltung mit 7 598 960 M., dann folgen die Verwaltung des Reichsheeres mit 2 217 689 M., der allgemeine Pensionsfonds mit 1 247 243 M., die Reichsschuld mit 1 175 000 M. Von den fortdauernden Ausgaben sind 2 049 249 M. künftig wegfällig. Die einmaligen Ausgaben weisen nur ein Mehr von 218 287 M. auf. Das Mehr der Verwaltung des Reichsheeres beträgt hier 13 298 696 M., das der Eisenbahnverwaltung 4 150 000 M., das der Post- und Telegraphenverwaltung 3 154 397 M.; dem gegenüber steht jedoch ein Weniger von 21 276 500 M. bei der Marineverwaltung. Eingestellt unter die einmaligen Ausgaben ist auch ein Fehlbegriff des Haushaltes des Etatsjahres 1883/84 von 1 740 319 M. Die Gesamtausgaben — fortdauernde und einmalige — betragen 12 876 557 M. mehr als im Vorjahre. Um dieselben durch die Einnahmen zu decken, ist bekanntlich die Höhe der Marticularbeiträge eine bewegliche. Dieselben betragen im Vorjahre 84 157 884 M. und sind jetzt auf 126 339 002 M. veranschlagt, also auf 42 241 118 M. mehr. An dem Minus aus den sonstigen Einnahmen nimmt in erster Reihe der nunmehr ausfallende Abschnitt des vorjährigen Etats „Ueberschüsse aus früheren Jahren“ Theil, welcher 15 825 000 M. betrug. Weitere Verminderungen haben namentlich die Abschnitte „Außerordentliche Zuschüsse“ um 8 482 858 M. und „Zölle und Verbrauchssteuern“ um 6 889 870 M. erfahren; dem gegenüber stehen Mehreinnahmen bei der „Post- und Telegraphenverwaltung“ um 1 006 801 M., bei „Verschiedene Verwaltungseinnahmen“ um 919 397 M. u. s. w. — Beigefügt ist dem Etatsentwurf eine Denkschrift, der wir Folgendes entnehmen: Das vorliegende Gesetz schließt sich nach Form und Inhalt dem zuletzt ergangenen gleichartigen Gesetze an. Was den Etat selbst angeht, so hat der dispositive Theil desselben eine Vervollständigung in so fern erfahren, als für sämtliche Zweige der Civilverwaltung außer den bisher schon zum Nachweis gebrachten freien Dienstwohnungen auch die übrigen den Beamten überwiesenen Dienstwohnungen ersichtlich gemacht sind. Von den nach dem Etatsentwurf im Wege der Anleihe zu deckenden Bedarfsbeträgen bilden diejenigen, zu deren Beschaffung im Wege des Credits eine gesetzliche Ermächtigung noch nicht erteilt ist, den Gegenstand eines besonders zur Vorlage kommenden Anleihegesetzes. Es sind die weiteren Raten für die außerordentlichen Bedürfnisse der Verwaltungen des Reichs-

steht. Wie war's, Herr Wirth, wenn Sie die jungen Eheleute dort einquartierten? Sie wissen doch: Raum ist in der kleinsten Hütte für ein glücklich liebend Paar!“

Achselzuckend ging der Wirth davon. Herr Bettenpaul aber, stolz auf den geschmacklosen Witz, den er gemacht hatte, begab sich auf die Wanderung, um einige der Sehenwürdigkeiten des Trefeburger Thales mit kritischen Blicken zu betrachten. Zunächst besuchte er den Wilhelmsthal. Die Aussicht sei ganz nett, meinte Herr Bettenpaul, für Jemand, der noch nichts gesehen habe. Ihm aber, der in der Schweiz und in Tyrol gewesen sei, könne dergleichen Miniaturarbeit des Weltenschöpfers nicht imponiren.

Der Kritikus setzte auf dem Berggücken seinen Weg fort. Er hatte aus seinem Buche gesehen, daß dieser Weg zu einem nur mäßig hohen Bergkegel führe, auf welchem vor Zeiten die Trefeburg gestanden habe, der Wohnsitz des weiland Raubritters und Altheisten Hadelberend, wie dies des Näheren in dem Epos „Der wilde Jäger“ von Julius Wolff nachzulesen sei. Nun wollte Bettenpaul doch nicht unterlassen, sich die ehemalige irdische Heimath dieser Spuckgestalt anzusehen.

Von der Burg selbst indessen fand der Neugierige keine Spur mehr, da das letzte Stück Gemäuer längst in der Tafel eines reisenden Engländers verschwunden ist; dafür aber entdeckte er auf dem Gipfel der Anhöhe etwas viel Hübscheres als eine Ruine. Auf einem kubischen Erdwall nämlich, an den Ranten mit behauenen Steinen eingefaßt, der dort auf einem kleinen freien Blase inmitten des Buschwerks errichtet ist, der Himmel weiß zu welchem Zwecke, saß ein weibliches Wesen in hellem, modischen Kleide und ließ die herabhängenden niedlichen Füßchen munter hin und her pendeln, während sie Haselnüsse knackte und aß. Unwillkürlich blieb Herr Bettenpaul hinter dem Busche stehen, der ihn noch vor der Schönen verberg, führte die Borgnette zum Auge und schickte sich an, das allerliebste Schauspiel mit Mühe zu genießen.

(Fortsetzung folgt.)

heeres, der Marine und der Reichseisenbahnen von insgesammt 35 269 862 M. Ein Ueberblick darüber, wie sich der Etatsentwurf für 1885—86 gegen den Etat für 1884—85 in der Belastung der ordentlichen Einnahmen verhält, läßt sich erst dadurch gewinnen, daß aus diesen Etats 1) diejenigen fortdauernden Ausgaben, welche mit ihren in gleicher Höhe ausgebrachten besonderen Deckungsfonds in dem Etat nur als durchlaufende Posten erscheinen, 2) diejenigen einmaligen Ausgaben, welche durch außerordentliche Einnahmen (Zuschüsse aus dem Festungsbaufonds, dem Reichstagsgebäudefonds, aus Ausleihmitteln oder aus Grundstücksrößen) gleichfalls ihre Deckung finden, ausgeschlossen werden. In dieser Beziehung kommen in Betracht an fortdauernden Ausgaben: Reichs-Invalidenfonds 27 725 505 M. (gegen 28 665 120 M. im Vorjahre), an einmaligen Ausgaben: vom Etat des Reichsamts des Innern 1 000 000 M. (gegen 2 000 000 M.), vom ordentlichen Etat der Verwaltung des Reichsheeres 4 848 282 M. (gegen 0 M.), außerordentlicher Etat der Verwaltung des Reichsheeres 25 013 859 M. (gegen 20 218 348 M.), vom Etat der Marineverwaltung 5 639 400 M. (gegen 26 915 900 M.), vom Etat des Reichsfinanzamts 400 000 M. (gegen die gleiche Summe), außerordentlicher Etat der Eisenbahnverwaltung 4 400 000 M. (gegen 250 000 M.), — zusammen also an fortdauernden und einmaligen Ausgaben: 72 627 046 M., gegen 82 049 368 M. im vorigen Etat. Nach Ausschreibung dieser Beträge ergibt sich gegen das Vorjahr bei den fortdauernden Ausgaben ein Mehransatz von 13 557 885 M., bei den einmaligen Ausgaben von 8 700 994 M., überhaupt also ein Mehransatz von 22 298 879 M. Zur Deckung dieses Mehrbedarfs und des Minderbetrages der gewöhnlichen Einnahmen von 19 942 239 M. sind 42 241 118 M. bei den Matricularbeiträgen in Zugang gestellt worden.

Herr Major a. D. Hünze, der Candidat der Freisinnigen im Wahlkreise Friedberg-Büdingen hat, wie aus einer neuerdings veröffentlichten Erklärung desselben hervorgeht, wegen der seitens des nationalliberalen Comité's verbreiteten „verleumderischen Beleidigungen“ über die Ursache seines Austritts aus dem aktiven Militärdienst den Rechtsweg beschritten, und gleichzeitig bei dem militärischen Ehrengericht die Untersuchung der Angelegenheit beantragt. „Die Angriffe auf meine Ehrenhaftigkeit“, erklärt Herr Hünze, können nicht gemacht worden sein, ohne daß militärischerseits — mindestens indirekt — darauf eingewirkt worden ist; es ist dies, nach meiner Anschauung, lediglich geschehen, weil ich der deutschfreisinnigen Partei angehöre. Es spielt sich so an meiner Person ein Kampf des Militarismus gegen den deutschen Freisinn ab, ein Kampf, in welchem klar gelegt werden wird, ob die Ehre eines Officiers verlegt ist, wenn er politisch dem entschiedenen Liberalismus, dem deutschen Freisinn huldigt. Die erste Entscheidung darüber liegt in der Hand der Wählerschaft; ich sehe dieser und der andern auf dem Gebiete der Rechtssprechung zu fallenden getroßt entgegen.“

Die Nachricht von der Ermordung Gordon's scheint sich nicht zu bestätigen; derselbe hofft vielmehr sich bis zur Ankunft der englischen Truppen halten zu können. Der Mahdi steht eine Tagereise von Khartum entfernt, Gordon ist jedoch entschlossen einem weiteren Vordringen entgegen zu treten. Man darf also für die nächste Zeit weitere interessante Nachrichten erwarten.

## Deutsches Reich.

Berlin, 16. November.

— Die Congo-Conferenz wurde gestern Mittag 2 Uhr im sogenannten Congresssaal des Reichskanzler-Palais in Gegenwart sämtlicher Gesandten und technischen Beigeordneten eröffnet. Fürst Bismarck begrüßte zunächst die Anwesenden im Namen des deutschen Reiches als des einladenden Staates und hieß sie im Namen Sr. Majestät des deutschen Kaisers herzlich willkommen. Demnach nahm der Doyen des diplomatischen Corps, der italienische Botschafter Graf de Launay das Wort und schlug den Fürsten Bismarck als den Repräsentanten der einladenden Präsidialmacht zum Vorsitzenden der Conferenz vor, welcher Vorschlag von den Mitgliedern einstimmig acceptirt wurde. Ebenso wurde auch der Vorschlag des Fürsten Bismarck angenommen, den ersten Secretär der französischen Botschaft Mr. Boinde, den Geh. Regierungsrath im Reichskanzleramt Grafen Wilhelm Bismarck und den Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amte Vice-Consul Dr. Schmidt zu Secretären der Conferenz zu ernennen. Nachdem auf diese Weise die Constituirung der Conferenz erfolgt war, nahm Fürst Bismarck abermals das Wort und wies auf die Aufgaben der Conferenz hin, indem er ganz besonders die bereits durch die Einladungen bekannten drei Punkte hervorhob, im übrigen aber ein weiteres Programm nicht aufstellte, vielmehr betonte, daß die deutsche Regierung den Bestrebungen der anderen Mächte gegenüber einen vollkommen objectiven Standpunkt einnehme und ihn auch während der Verhandlungen beibehalten werde. Damit hatten die Besprechungen ihr Ende erreicht; sie werden am Montag Mittag fortgesetzt werden. Die Besprechungen erfolgten in französischer Sprache, in welcher auch die Protocolle geführt werden, die jedoch später in sämtliche Sprachen übersetzt werden sollen, die denjenigen Nationen angehören, welche an der Conferenz theilnehmen. Es wurde zum Schluß noch auf Vorschlag des Fürsten Bismarck der Beschluß gefaßt, die Verhandlungen und Beschlüsse der Conferenz geheim zu halten. Vor dem Kanzlerpalais hatten sich mehrere hundert Personen eingefunden, welche die Auffahrt und die Abfahrt der Gesandten mit ansahen.

— Die Conferenz der Sachverständigen für das Submissionswesen, welche am Freitag ihre Beratungen beendet hat, hat ihre Aufgabe zu allseitiger Zufriedenheit

gelöst und auch die Mitglieder derselben sind mit großer Zufriedenheit in ihre Heimath zurückgekehrt. Nicht allein ist aus den Beratungen ein für die Industrie, wie auch für die Regierung wichtiger und brauchbarer Entwurf für die Neuorganisation des Submissionswesens hervorgegangen, sondern es ist auch den Delegirten seitens der Staatsregierung das Versprechen mit nach Hause gegeben worden, daß diese Bestimmungen bei sämtlichen Staatsbehörden Einführung und genaue Ausführung erfahren werden und daß die Staatsbehörde sich bemühen werde, sobald diese neue Organisation sich in der Praxis günstig bewähren werde, sie auch im Reich zur Einführung zu bringen; damit würde allerdings ein wesentlicher Vortheil für die deutsche Industrie geschaffen.

— Dem „Hann. Cour.“ zufolge wird von Seiten der Regierung die Errichtung von „Arbeitsämtern“ geplant, welchen die Aufgabe gestellt wird, die Vermittlung von Nachfrage und Angebot der Arbeit zu fördern.

— Der Etat der Marineverwaltung für 1885/86 fordert als sechste Rate zum Bau des Ems-Zade-Canals 500 000 M. Da dieser Canal neben seinem allgemeinen Nutzen für Ostfriesland von größter Wichtigkeit für die militärischen und Marine-Einrichtungen zu Wilhelmshaven ist, so wird die im oldenburgischen Gebiete belegene Strecke des Canals aus Mitteln des Reiches hergestellt, dagegen erfolgt der Bau der Canalstrecke von der oldenburgisch-preussischen Landesgrenze bis zur Ems auf Kosten Preußens.

— Mit der Gehaltserhöhung der Oberstabsärzte soll nunmehr ein Anfang gemacht werden; der neue Militär-etat schlägt zunächst für 32 Oberstabsärzte 1. Klasse eine Zulage von 600 M. vor, um das Gehalt derselben dem der Bataillons-Commandeure gleichzustellen.

— Hofprediger Stöcker hat bei der brandenburgischen Provinzialsynode abermals den Antrag eingebracht, daß dem General-synodalrath das Mitbestimmungsrecht bei den kirchlichen Behörden wie bei den theologischen Facultäten eingeräumt werde.

— Aus Danzig wird der „Königsb. Allgem. Ztg.“ gemeldet, an Stelle Nicker's, der in der Provinz Brandenburg bereits gewählt ist, werde Oberbürgermeister v. Forckenbeck candidiren.

— Es kommt jetzt öfter vor, daß Volksschullehrer für Südafrika und Südamerika gesucht und daß diesen Lehrern ansehnend größere Besoldungen geboten werden, wobei jedoch verschwiegen wird, daß der Lebensunterhalt und die ganze Lebensweise dort ungemein kostspielig ist, weshalb nicht dringend genug vor der Annahme solcher Stellen und dem Eingehen auf solche Anerbietungen gewarnt werden kann.

— Der Ausbruch der Cholera in Paris hat zu neuen Vorsichtsmaßregeln seitens der Staatsregierung geführt. Die bisher gehörigen Anordnungen sind jedoch nicht nur allgemeine, sondern genau ins Einzelne gehende. So sind beispielsweise schon Städte bestimmt, in welche alle mit der Eisenbahn ankommende Cholerafranke oder nur Choleraverdächtige aufzunehmen sind. Auch sind alle die schon früher erlassenen bezüglichen Anordnungen in Erinnerung gebracht worden.

— Die durch die Blätter gehende Meldung, daß der zum Reichstagsabgeordneten für den IV. Berliner Wahlkreis gewählte Socialdemokrat, Hr. Paul Singer vor kurzem zum Polizeipräsidenten v. Madai beschieden und mit Ausweisung bedroht worden sei, bestätigt sich nicht.

## Ausland.

Paris, 15. Nov. Der statistische Bericht der Stadtverwaltung giebt die Zahl aller vom 7.—13. November in Paris Gestorbenen auf 1424 an, davon an der Cholera gestorben 385. Die Gesamtzahl der in der Woche vorher Gestorbenen beträgt 1006 mit zehn Cholerafällen. Zwei Cholera-todesfälle sind aus der Umgebung von Paris gemeldet. Von Mitternacht bis heute Abend 6 Uhr sind 45 Cholera-todesfälle vorgekommen, wovon auf die Stadt 18, auf die Hospitäler 27 entfallen. — Aus Dran sind gestern 6, aus Toulon 1 Cholera-todesfall gemeldet worden.

— Der Londoner „Times“ wird aus Haiphong 13. ds. gemeldet, daß die anamitischen Hilfstruppen 500 chinesische Gefangene in Kepu enthauptet haben.

London, 15. Nov. Wie in parlamentarischen Kreisen angenommen wird, beabsichtigt die Regierung bei dem Parlamente eine beträchtliche Vermehrung der Marine, namentlich die Erbauung mehrerer stark bewaffneter Kreuzer und einer großen Anzahl von Torpedobooten zu beantragen. Die Ausgaben würden auf mehrere Jahre vertheilt werden.

Petersburg, 15. Nov. Dem Minister des Innern ist durch kaiserlichen Befehl das Recht beigelegt worden, einzelnen Personen den Aufenthalt in Polen zu verbieten.

## Aus dem Großherzogthum.

Oldenburg, 17. November.

— Zur Feier des Geburtstages Sr. königl. Hoheit des Erbgroßherzogs prangte gestern die Stadt in reichem Flaggenschmuck. Unter den Gratulanten befand sich auch eine vom Landtage entsendete Deputation.

— Frau Diederich, das bekannte und allgemeinbeliebte und geschätzte Mitglied des großherzoglichen Theaters, wird im Laufe des nächsten Monats das seltene Fest ihrer vierzigjährigen Bühnenthätigkeit begehen. Während Frau Diederich sich noch einer verhältnismäßig seltenen Rüstigkeit und Frische erfreut, ist ihr Gatte, welcher bekanntlich vor 2 Jahren sein vierzigjähriges Bühnenjubiläum feierte, schon seit mehreren Wochen recht leidend.

— Fr. Sauer, bekanntlich während der Zeit von 1881—83 Mitglied des großherzoglichen Theaters, hat sich dieser Tage in der Schweiz mit einem Herrn aus Bremen,

dem Sohne eines dortigen bedeutenden Handelshauses vermählt; ihr Aufenthalt auf Nordsee während des letzten Sommers hatte zur Anknüpfung dieser Bekanntschaft geführt.

Nach den bis jetzt vorliegenden telegraphischen Depeschen über das Ergebnis der am Sonnabend stattgehabten Stichwahl im 2. hannoverschen Wahlkreise hat Herr Gerh. Althorn 6019, der national-liberale Gegencandidat Herr Bissering 6032 Stimmen erhalten; einige Bezirke fehlen noch, so daß das Endergebnis noch immer sehr zweifelhaft ist.

Der Kirchenrechnungsführer und Küster Bohlen, seit 1850 im Dienste der Lambertikirchengemeinde, ist wegen schwerer Erkrankung mit dem 15. ds. pensionirt worden und ist demselben, wie wir dem „Kirchl. Anz.“ entnehmen, in Anbetracht seiner langjährigen Dienstzeit und seiner würdigen Haltung die Pension auf 2000 M. festgesetzt. Inzwischen hat sich, wie wir hören, herausgestellt, daß Hr. Bohlen, dem in früheren Jahren auch die Einziehung der Kirchensteuern oblag, was bekanntlich jetzt mit durch die städtische Kämmerlei besorgt wird, in zahlreichen Fällen Jahre lang diese Beiträge nicht in besonders musterhafter Weise beigetragen hat. Diese nicht eingegangenen Beträge hat derselbe immer aus der eignen Tasche zugeschoffen und sich auf diese Weise nicht unbedeutend geschädigt. Ob die jetzt privatim angestellten Versuche, die Rückstände nachträglich beizutreiben, von Erfolg sein werden, ist gewiß in sehr vielen Fällen recht zweifelhaft.

In letzter Zeit waren bei den beiden hiesigen Gewerbevereinen vielfach Nachfragen über Wesen und Zweck dieser Vereine eingegangen, was den Vorstand derselben veranlaßt hatte, auf gestern Nachmittag eine öffentliche Orts-Verbands-Versammlung nach der „Neuen Börse“ einzuberufen, zu der alle Handwerker und Arbeiter eingeladen waren. Der Besuch war jedoch verhältnismäßig schwach. Seitens des Vorstandes wurde den Anwesenden eingehend Auskunft erteilt über das Wesen und die Ziele der deutschen Gewerbevereine und ihre Hilfsklassen und zu zahlreichem Beitritt aufgefordert.

Die Redaction der „Oldenburger Zeitung“ wird nach der vor einigen Wochen plöblich erfolgten Entlassung des Herrn Gofewisch nunmehr an einen Herrn Dr. Tannert, bisher Hilfsarbeiter am städtischen Archiv zu Köln a. N., übergeben. Damit erledigen sich von selbst alle im Publicum verbreiteten, durchaus unbegründeten Gerüchte über anderweitige Arrangements.

**Brake, 16. November.** Unserm sehr bedeutenden Kitchpine-Holzhandel droht ein sehr empfindlicher Schlag. Seit dem 1. November ist nämlich für das Kitchpineholz ein bedeutend höherer Frachttarif seitens der deutschen Bahnen in Anwendung gekommen, welcher zur Folge haben wird, daß der Kitchpinehandel Brake genommen und dem Auslande, speciell Belgien und Holland, überliefert werden wird. Der Unterschied in der Fracht ist nämlich so groß, daß belgische und holländische Importeure einen Waggon Kitchpineholz, der einen Werth von ca. 1000 M. hat, um 60 bis 113 M. billiger mit der Bahn nach dem Hauptabgabegebiet, Wepphalen und Rheinland schaffen können, als unsere hiesigen Holzhändler. Wenn dieser bedeutende Frachttariff nicht bald gehoben wird, so wird ohne Zweifel der Handel mit Kitchpineholz sehr bald für Brake verloren sein.

Hiesige Holzhändler sind deshalb beim Handelsverein vorstellig geworden und ist der Vorstand desselben in der am Freitag stattgefundenen Generalversammlung beauftragt worden, baldmöglichst Schritte zu thun, daß die Fracht für Kitchpineholz ermäßigt werde. In derselben Versammlung brachte Herr Fabrikant Botter in einem Referate die Hochseefischerei in Anregung. Er wies zunächst darauf hin, welche ungeheure Summen andere Küstenstaaten durch den Betrieb der Hochseefischerei Jahr für Jahr dem Meere abgewinnen und wie wenig Deutschland sich den Fischreichtum des Meeres zu Nutzen mache, sodann, daß die Flusffischerei mit jedem Jahre schlechter werde. Die stetig zunehmende Fahrt der Dampfer auf der Weser, sowie das den Interessen der Fischerei zuwiderlaufende, unrichtig angelegte Schonrevier müßten dahin führen, daß der Fischfang von Jahr zu Jahr geringer werde. Unsere braven, biederen und dabei sehr tüchtigen Fischer am Weserstrande würden in eine immer mehr drückende Lage versetzt werden und es müsse etwas gesehen, um diesen zu helfen. Herr Botter hat den Gedanken der Hochseefischerei bei den Fischern in Anregung gebracht und Zustimmung gefunden; er ist der Ansicht, daß man auch im Lande Interesse für die Hochseefischerei finden würde. Herr Botter fand seitens der Versammlung allseitige Zustimmung und erklärten sich 5 Herren bereit, Ermittlungen anzustellen und die Sache nach besten Kräften zu fördern.

Der Schiffsverkehr Brake's zeigt, wie der „W. B.“ berichtet, in dem laufenden Jahre jetzt schon gegenüber dem Vorjahre, sowohl was den Tonnagehalt als auch was die Stückzahl der Schiffe anbetrifft, eine, wenn auch nicht sehr große, so doch immerhin recht erfreuliche Zunahme. Der Hauptantheil hieran entfällt natürlich auf die Dampfer. Wenn sich nun auch durch diesen Umstand für einen Theil unserer Geschäftskreise das Resultat nicht so günstig gestaltet hat, wie es durch einen gleichen Aufschwung des Segelschiffsverkehrs würde bewirkt worden sein, so hat sich andererseits für den Arbeiter daraus ein um so größerer Vortheil ergeben, da Arbeitskräfte beim Dampferverkehr weit mehr gesucht sind, als beim Segelschiffsverkehr.

**Jeber, 15. Novbr.** Für die Chausseegeledebestelle auf der neuen Chaussee Langewerth-Heidmühle ist im gestrigen Verpachtungstermine von Herrn Tiarls-Feldhausen die nette Summe von 20060 M. pro Jahr geboten, auf welches Gebot der Zuschlag wohl erfolgen wird. Die Zahl der den „S. N.“ zufolge Annehmungskünstigen war eine nicht geringe.

**Sengwarden, 12. November.** Vom 15. d. M. ab werden die nach dem Ort Tammhausen adressirten Post-

sachen vom Postbezirk Sengwarden aus befördert werden. Bislang war Tammhausen beim Postbezirk Hooftel verblieben, was für den Landbriefträger einen erheblichen Umweg mit sich brachte. Eine erfreuliche Beobachtung ward in diesem Herbst bei dem bisher hier geschlachteten Fettvieh gemacht. Dasselbe ergibt fast durchgängig ein so bedeutendes Schlachtgewicht, daß die nach früheren Jahren aufgestellten Berechnungen zu Schanden werden und sich als zu niedrig gestellt erweisen.

### Landgericht zu Oldenburg.

**Strafkammer II. Sitzung vom 15. November.**

1. Der Arbeiter Friedrich August Wübbold aus Ellenstedt, 21 Jahre alt, war eines Vergehens nach § 140 Ziffer 1 des Str.-G.-B. angeklagt. Derselbe hatte den Versuch gemacht, ohne seiner Militärpflicht zu genügen, nach Amerika auszuwandern, wurde jedoch, als er am 29. v. Mts. mit dem nach Baltimore bestimmten Dampfer „Hermann“ abreißen wollte und sich bereits an Bord befand, abgefaßt und nach hier übergeführt. Der Angeklagte giebt an, von einer in Amerika wohnenden Tante ein Passagierbillet erhalten zu haben und sei er dadurch befreit worden, die Reise anzutreten. Wübbold wird dieserhalb in eine Gefängnisstrafe von 1 Monat verurtheilt, unter Anrechnung von 14 Tagen auf die erlittene Untersuchungshaft und tritt derselbe die Strafe sofort an.

2. Der Schneider Theodor August Franz Neuhaus aus Oldenzaal in Holland, in der letzten Zeit in Delmenhorst aufhältlich, hatte sich wegen eines Vergehens nach § 141 des Str.-G.-B. zu verantworten. Am 13. v. Mts. kam derselbe direct von Holland nach Delmenhorst, suchte dort einige Arbeiter auf unter dem Vorgeben, er sei Schiffer und suche Leute, welche sich für die Ostindische Armee in Holland anwerben lassen wollten. Er hat sich sodann angeboten, die nötigen Papiere zu verschaffen und sind auch verschiedene dieser Arbeiter nach Holland abgereist, um sich dort anwerben zu lassen. Derselbe ist in Folge dessen angeklagt, Deutsche zum Militärdienst einer ausländischen Macht angeworben und zur Auswanderung veranlaßt zu haben und wird dieserhalb in eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurtheilt.

3. Der Lohgerber Eduard Heidemann zu Delmenhorst war durch Urtheil des Großherzoglichen Schöffengerichts zu Delmenhorst vom 6. October d. J. wegen Betrugs in eine Gefängnisstrafe von 3 Tagen verurtheilt. Heidemann hat gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt, jedoch wurde dieselbe verworfen, da die Schuld des Angeklagten klar erwiesen war und hat derselbe auch die Kosten der heutigen Verhandlung zu tragen.

4. Der Viehhändler Siedel Leszer Frank zu Westerstede war durch Urtheil des Großh. Schöffengerichts zu Elsfleth vom 23. Sept. d. J. in eine Geldstrafe von 2 M. event. 1 Tag Haft verurtheilt, weil derselbe am 18. August d. J. auf einer in der Nähe von Borwertshof belegenen Weide zwei über 1 Jahr alte Stiere hat weiden lassen, ohne dieselben an ein anderes starkes Stück Rindvieh mittelst einer Kette oder eines Baumes sicher befestigt gehabt zu haben. (Uebertretung gegen die Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 24. Februar 1877, betr. das Verbot des freien Umlaufens der Stiere.) Frank hat gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt; dieselbe wurde für begründet befunden und Frank von Strafe und Kosten freigesprochen.

### Vermischtes.

Bei dem Hanauer Eisenbahnunglück sind, wie jetzt als sicher ermittelt ist, 13 Personen sofort ums Leben gekommen, 5 waren in den ersten 24 Stunden ihren schweren Verletzungen erlegen, 17 meist schwerverwundete liegen im Landkrankenhaus, außerdem befinden sich noch eine Anzahl Leichtverwundete in Privatpflege in Hanau. Die Todten und Verwundeten waren meist Passagiere vierter Klasse aus der Nachbarschaft. Inzwischen ist unweit Hanau am Sonnabend ein neuer Zusammenstoß zweier Züge erfolgt infolge falscher Weichenstellung, wodurch einige Wagen zertrümmert und die Bahnstrecke zerstört ist. Verletzungen von Personen sind glücklicher Weise nicht vorgekommen.

Ein schweres Opfer scheint am vergangenen Sonnabend von der Ostsee gefordert zu sein. Am genannten Tage fuhr der ehemalige Taucher bei der Hafenbau-Inspection in Billau, Martin Görz, mit seinen beiden Söhnen und einem Neffen auf einem Obstkahn nach dem Seestrande bei Lentitten, um Grand für den Hafenbau zu holen. Gleichzeitig mit Görz fuhr auch der Schiffer Radtke aus Tolkemit mit seinem Kahn. Der Wind war Morgens östlich und begünstigte die mühsame Arbeit — der Grand muß mittelst Handkahn vom Strande nach dem im tiefen Wasser vor Anker liegenden Fahrzeug gefahren und überladen werden. Gegen Mittag, als beide Schiffe bereits halbe Ladung inne hatten, sprang der Wind plötzlich nach Westen um. Die Schiffer mußten schleunigst Anker lichten und Segel beisehen, um die hohe See zu erreichen, damit sie nicht auf Strand gesetzt würden. Radtke segelte mit seinem größeren Kahn voran, während Görz in einiger Entfernung folgte. Als Radtke, aus dem Bereich der Gefahr, sich nach dem Fahrzeug des Görz umfah, war letzteres spurlos verschwunden. Da der Wind zugenommen hatte, war ein Umkehren für Radtke unmöglich. Da bis jetzt jegliche Nachricht fehlt, so bleibt nur die Annahme übrig, daß der schon alte Kahn des Görz geborsten und mit der ganzen Besatzung rettungslos untergegangen ist.

Wippen über die Congo-Conferenz. In der neuesten Nummer der „Berliner Wespen“ veröffentlicht Wippen bereits seinen ersten „Originalbericht“ über die Congo-Conferenz. Er schreibt: „Berlin, 7. Nov. 1884. Seit das Wasser des Niesenstromes Congo im Munde aller europäischen Völker zusammenläuft, ist es auch das Bestreben derselben gewesen, an den Küstenstrecken einen Fuß zu fassen, dessen Festigkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Von der Küste bis in das 7200 Kilometer entfernte schlagende Herz von Afrika hinein — so rechnet bekanntlich Stanley — ist das Land reich mit Producten und ähnlichen Erzeugnissen gesegnet, und jede Großmacht will voll ausgeben. Das Elefantentmaul bietet alljährlich eine üppige Elfenbeinernte, der Aderbauer braucht die wogenden Zähne des Dickhäuters nur einzubringen. Kupfer und Eisen, Gewürze, Wachs und Gummi sind in einer Masse vorhanden, von der der Volksmund sagt, sie müsse es bringen. Ist es zu verwundern, daß nach einem solchen Wunderlande Jeder die Augen aufstreckt? — Hier nun war zu befürchten, daß eines Tages die Haare, in welche sich die Großmächte gerathen könnten, Europa über den Kopf wachsen würden und in weißer Vorhut lud daher der deutsche Reichskanzler die Vertreter aller Staaten nach Berlin ein, um in einer Conferenz jede

Schlange, welche im Grase lagern könnte, in Berathung zu ziehen und jeder Eris den Apfel rücksichtslos zu entwenden. Hoffentlich gelingt es. — Während ich dieses schreibe, naht das Conferenzmitglied von allen Seiten. Alle Staaten sind vertreten. Jeder will etwas von Afrika haben. Selbst der Vertreter von Monaco ist angekommen. Monaco verlangt nur so viel Land, um einen Tisch für seine bekannten beiden Tantzen aufstellen zu können. Auch eine Anekdote wird schon von dem Herrn d'Ecarté — so heißt der Vertreter von Monaco — erzählt. Als er nämlich seine Karte im Reichskanzlerpalais abgegeben hatte, stellte es sich heraus, daß es Coeurdube war. — Die blendend schwarzen Vertreter des Congogebietes sind gleichfalls eingetroffen, meist nackt gekleidet, so daß im Reichskanzlerpalais eine Garderobe eingerichtet werden mußte, in welcher sie angezogen werden. Alles, was sie auf der Straße sehen, setzt sie in Erstaunen. „Komischer Elefant!“ jagte der Vertreter von Kamerun, als er ein Reitpferd sah. Und als der Gesandte von Klein-Popo in dem Glauben, auch hier treibe man noch Tauschhandel, in einem Magazin unter den Linden ein Kistchen Cigarren mit einem Tigerfell bezahlen wollte und ihm dies der Berliner nicht wechseln konnte, geriet er in solche Außerfischerheit, daß er selbst von einem Schutzmännchen kaum wieder zu beruhigen war.

### Aus den Vorlagen zum Landtag.

V. betr. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogthums Oldenburg für die Jahre 1885-87.

#### B. Ausgaben.

##### e. Schifffahrtswesen:

Für die Schifffahrts-Commission und den Wasserschout sowie zu Geschäftskosten in Schifffahrtssachen sind im Voranschlag angelegt 5090 M. pro 1885 und je 4990 M. pro 1886/87, für die Navigationschule in Elsfleth je 16885 M., an Zuschuß an die Fedderwarder Lootsen-Gesellschaft zu Blexen je 600 M., für Werke auf Wangerooge, Signallotterien und Baaken je 1654 M., für die Hafen-Anstalten 19403 M. pro 1885, 19125 M. pro 1886 und 11527 M. pro 1887. Hiervon entfallen auf: Barel je 5033 M., Ellenserdammerfiel 3600 M. pro 1885 und je 500 M. pro 1886/87, Hooftel je 150 M. pro 1885 und 1887 und 500 M. pro 1886, Nordenhamm je 1000 M., Fedderwarderfiel 3695 M. pro 1883 und je 1695 M. pro 1886/87 (für 1885 sind 2000 M. für Herstellung einer Holzkafe angelegt), Brake 4440 M. pro 1885, 8890 M. pro 1886 und 1840 M. pro 87, Dedesdorf 236 M. pro 1885, 258 M. pro 86 und 260 M. pro 87, Elsfleth je 730 M., Vardenfleth je 353 M. und Ochtum je 446 M.; nur zwei Hafen-Anstalten bedürfen keines Zuschusses nach dem Voranschlag, sondern weisen einen Ueberchuß auf, nämlich Großenfiel jährlich 220 M. und Strohanerfiel 60 M. pro 85 und je 110 M. pro 86/87. Ferner sind angelegt: zur Erhaltung und Verbesserung der Schifffahrt auf (Verfolg siehe letzte Seite.)

### Oldenburgische Spar- und Leihbank.

Coursbericht		gekauft	verkauft
vom 17. November 1884.			
4 1/2%	Deutsche Reichsanleihe (Stücke à 200 M. im Verkauf 1/4% höher.)	103,30	103,85
4 1/2%	Oldenburger Consols (Stücke à 100 M. im Verkauf 1/4% höher.)	102	103
4 1/2%	Stollhammer und Butjadinger Anleihe	100,25	101,25
4 1/2%	Jeverische Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Bareler Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Dammer Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Wiedehauer Anleihe (Stücke à M. 100)	100,25	—
4 1/2%	Brater Sielachs-Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Oldenburger Stadt-Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Obersteiner Stadt-Anleihe	100,25	—
4 1/2%	Wiesbadener Stadt-Anleihe	100,45	101,45
4 1/2%	Landeshöftliche Central-Pfandbriefe	101,60	102,15
3 1/2%	Oldenburger Prämien-Anleihe per Stück in M.	149	150
4 1/2%	Cutin-Lübbecke Prior.-Obligationen	100,75	—
3 1/2%	Damberger Staatsrente	93,45	94
4 1/2%	Preussische consolidirte Anleihe	103	103,55
4 1/2%	Preussische consolidirte Anleihe	102,25	—
5%	Italienische Rente (St. von 10000 fr. u. darüber)	95,40	95,95
5%	Italienische Rente (Stücke von 4000, 1000 und 500 fr.)	95,50	96,20
5%	Russische Anleihe von 1884	94,35	94,90
4 1/2%	Salzammergut-Prioritäten, garantirt.	93,30	93,85
4 1/2%	Schwedische Hypothekendarlehen-Pfandbriefe von 78 (Stücke von 600 u. 300 M. im Verkauf 1/4% höher.)	95,40	95,95
4%	Pfandbriefe der Rheinischen Hypotheken-Bank	99,50	100,50
4 1/2%	do. Braunschw.-Hannov. do.	100,30	—
4 1/2%	do. do. do.	97,95	98,50
4 1/2%	do. do. Preussische Boden-Credit-Actien-Bank	98,45	99
5%	Borussia-Prioritäten	100,25	—
4 1/2%	Norddeutsch. Lloyd-Prioritäten	98,70	99,25
—	Oldenburgische Spar- und Leih-Bank-Actien (Vollgez. Actie à 300 M. 4% Zins vom 1. Jan. 1884.)	—	—
—	Oldenburger Eisenhütten-Actien (Augustfehn)	—	87
4 1/2%	Zins vom 1. Juli 1884.)	—	—
—	Oldenb.-Portug. Dampfsch.-Abh.-Actien (4% Zins vom 1. Janr. 1884.)	—	118,50
—	Oldenburger Versicherungs-Gesellschafts-Actien per Stück ohne Zinsen in M.	—	400
—	Wechsel auf Amsterdam kurz für fl. 100 in M.	167,95	168,75
—	„ „ London kurz für 1 £str.	—	20,385 20,485
—	„ „ New-York kurz für 1 Doll.	4,19	4,24
—	Holländ. Banknoten für 10 Gldn.	—	16,75

### Schiffsnachrichten.

**Oldenburg, 15. Nov.** Ang. von Bremerhaven: G. Köhne und S. Timpe.

— 16. Nov. Ang. von Bremen: G. Helfen. — Abg. nach Fedderwarderfiel: S. Ahlers. Nach Bremerhaven: S. Schwärting und W. Hansmann.

— 17. Nov. Ang. von Bremerhaven: F. Seggemann. Von Hamburg: S. Dohrmann.

**Nordenhamm, 14. Nov.** Ang. vom Schwarzen Meer mit 1600 Tonnen Gerste: Griech. D. „Piro“, Kapit. Pathanan.

— 15. Nov. Abgegangen nach See: Dtsch. Bark „Auguste“, Kapit. v. Garten.

**Bremen, 15. Nov.** (Telegramme des Norddeutschen Lloyd.) Der Postdampfer „Eider“, Capt. W. Willigerod, welcher am 5. November von Bremen und am 6. November von Southampton abgegangen war, ist gestern 10 Uhr Morgens wohlbehalten in Newyork angekommen.

der Gunte unterhalb Oldenburg vom Gunte-Gms-Canal bis zum neuen Wolfsdeich 25500 Mz. pro 85, 27000 Mz. pro 86 und 27500 Mz. pro 87; zur Erhaltung und Verbesserung der Schifffahrt auf der Gunte oberhalb Oldenburg 15700 Mz. pro 85, 15500 pro 86 und 15000 Mz. pro 87; zur Erhaltung und Verbesserung der Schifffahrt auf der Weser einschließlich der Guntemündung 83000 Mz. pro 85, 86000 Mz. pro 86 und 76000 Mz. pro 87; desgl. auf der Dohm je 17000 Mz. pro 85/86 und 12000 Mz. pro 87; desgl. auf den Nebenflüssen der Gms 24950 pro 85, 9950 Mz. pro 86 und 8950 Mz. pro 87; zu verschiedenen Ausgaben im Interesse der Schifffahrt je 1860 Mz.

**VI. Bericht betr. die Abtragung des Durchschlags nach den Oberahnsischen Feldern.**

Die schon seit Ende der Dreißigerjahre erörterte Herstellung eines Durchschlags zum Seefeld der Groden nach den Oberahnsischen Feldern zum Zweck der Wiederlandfestmachung der letzteren wurde bekanntlich gleichzeitig mit der Bedeichung des Seefeld der Groden (jetzigen Augustgroden) in Jahr 1853 in Angriff genommen. Bei diesem Unternehmen wurde neben dem daraus zu erwartenden erheblichen Landgewinn für den Fiscus zugleich auch eine durchgreifende Verbesserung der Lage der ohne genügendes Vorland den Sturmfluthen in hohem Grade ausgesetzten Schwarzer Ahndeihe beabsichtigt. Daß bei der Ausführung des Werkes vielleicht mit bedeutenden in der Unberechenbarkeit der elementaren Einwirkungen begründeten Schwierigkeiten zu kämpfen sein werde, wurde bei den betreffenden Beschlußfassungen weder von der Staatsregierung noch von der Landesvertretung verkannt, indessen glaubte man im Jahre 1853 die Anlage nach dem festgesetzten Plane mit einem Kostenaufwande von etwa 86 000 Thalern herstellen zu können und rechnete dafür bis zur Vollendung auf einen Zeitraum von 8—10 Jahren. Der Reichs- und Provinziallandtag verpflichtete sich mit Rücksicht auf die für die Ahndeihe aus einer so erheblichen Verstärkung des Vorlandes erwachsenden Vortheile zu einem einmaligen Kostenbeitrag von 10 000 Thlr., von welchem die erste Hälfte im Jahre 1856, die zweite nach Fertigstellung der Anlage gezahlt werden sollte.

Schon einige Jahre nach dem Beginn der Arbeiten stellte sich an der Hand der inzwischen gewonnenen Erfahrungen heraus, daß die Landfestmachung der Oberahnsischen Felder weder mit dem veranschlagten Kostenaufwande noch innerhalb des in Aussicht genommenen Zeitraums annähernd zu erreichen sein werde. Nach Ablauf eines Jahrzehnts (1863) waren auf das Werk bereits 113 000 Thlr. verwendet und es wurde nach dem damaligen Stande der Arbeiten der für die Fertigstellung noch erforderliche Kostenaufwand auf reichlich 300 000 Thlr. veranschlagt. Ueber die Lage der Angelegenheit wurde dem Landtage fortlaufend von Finanzperiode zu Finanzperiode zu der betreffenden Position des Ausgabe-Voranschlags der Landescaße des Herzogthums Vorlage gemacht. Ungeachtet des Fehlschlags der im Jahre 1853 maßgebend gewesenen Voraussetzungen wurde von der Staatsregierung wie vom Landtage an der Auffassung festgehalten, daß bei der großen und vielseitigen Wichtigkeit des Unternehmens für die Interessen des Landes von der Fortsetzung und Vollendung desselben der Kostenpunkt nicht abhalten dürfe, zumal nach den bereits vorliegenden Erfahrungen an dem schließlich durchschlagenden Erfolge nicht gezweifelt werden könne.

Inzwischen erhoben sich gegen das in stetigem Fort-

schreiten begriffene Werk Schwierigkeiten von einer anderen Seite. Bei den Verhandlungen über den sogenannten Kriegshafen-Vertrag vom 20. Juli 1853 war die königlich preussische Regierung von der Absicht Oldenburgs, die Oberahnsischen Felder mit dem Festlande durch ein Faschinenwerk zu verbinden, in Kenntniß gesetzt worden, und es waren in dem Vertrag (Artikel 26) die nöthigen Bestimmungen aufgenommen, um der großherz. Regierung die freie Bewegung in dieser Beziehung auch für die Zukunft zu sichern. Es vermochte dies indessen nicht zu hindern, daß im Laufe der Zeit mit der weiteren Entwicklung der Kriegshafenanlagen an der Jade in den Kreisen der Marine-Techniker die Ansicht mehr und mehr Boden gewann, daß durch den Durchschlag nach den Oberahnsischen Feldern eine Verschlämmung des Jadedeichens befördert und das Fahrwasser des Kriegshafens gefährdet werde. Eine über diese Bedenken zwischen dem Reichskanzleramt und dem Staatsministerium im Jahre 1873 eingeleitete Correspondenz führt zunächst zur Einziehung eines Gutachtens des Hamburgischen Wasserbaudirectors Dalmann über die hydraulischen Verhältnisse des Jadedeichens und die Einwirkung des Durchschlags nach den Oberahnsischen Feldern auf das Fahrwasser des Kriegshafens. Auf Grund dieses Gutachtens, welches im Allgemeinen die Besorgnisse der Marinebehörden zu bestätigen schien, ward alsdann unterm 29. September 1874 vom Reichskanzleramt an die großherzogliche Regierung unter Hindeutung auf die eventuelle Nothwendigkeit eines Einschreitens der Reichsgesetzgebung die Aufforderung gerichtet, den Durchschlag nach den Oberahnsischen Feldern als mit den Interessen des Kriegshafens nicht vereinbar zu bezeichnen, und es wurde, als die oldenburgische Regierung auf die desfallsigen Verhandlungen bei Abschluß des Kriegshafen-Vertrages sich bezog, dem gegenüber geltend gemacht, daß die im Namen des Reiches erhobene Anforderung nicht nach dem Inhalt des Staatsvertrages zwischen Preußen und Oldenburg vom 20. Juli 1853, sondern nach den in dieser Beziehung eine neue staatsrechtliche Grundlage des Verhältnisses schaffenden Bestimmungen der Reichsverfassung zu beurtheilen sei. Die großherzogliche Regierung glaubte gleichwohl in einem Schreiben vom 20. November 1874 die Anforderung des Reichskanzleramts ablehnen zu sollen, indem sie einerseits an der von ihr vertretenen Rechtsauffassung festhielt und andererseits, auf Gutachten der mit den Verhältnissen des Jadedeichens aus langjähriger Erfahrung genau vertrauten oldenburgischen Techniker gestützt, die Ungefährlichkeit des Durchschlags für das Fahrwasser des Kriegshafens nachzuweisen suchte.

Unterm 15. December 1874 ging dann dem Bundesrathe der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Bauten und sonstige Anlagen an der Jade, zur Beschlußnahme zu, welcher die Errichtung und Veränderung von Bauwerken, die eine Einengung der Wasserfläche oder eine Verringerung der Wassertiefe der Jade herbeiführen können, von einer Genehmigung des Bundesrathes allgemein abhängig zu machen bezweckte. Da durch einen solchen Akt der Reichsgesetzgebung nicht allein die Fortsetzung des Durchschlags nach den Oberahnsischen Feldern in Frage gestellt, sondern auch das oldenburgische Deichwesen überhaupt in vollständige Abhängigkeit von den Reichsinstanzen gebracht sein würde, ließ die großherzogliche Regierung in einer ausführlichen Denkschrift ihre Bedenken und Einwendungen gegen den Gesetzentwurf entwickeln und dieselbe im Jahre 1875 sowohl dem Reichskanzleramt überreichen wie unter sämtliche Regierungen und Bevollmächtigte zum Bundesrath vertheilen. Die Be-

mühungen der großherzoglichen Regierung hatten dann auch die Folge, daß der Gesetzentwurf im Bundesrathe nicht zur Annahme gelangte. Vielmehr wurde unterm 13. Februar 1875 vom Bundesrath beschlossen, unter einstweiliger Beiseitlassung der mit der Sache zusammenhängenden Rechtsfragen, den Reichskanzler zu ersuchen, zur Beantwortung der Frage, ob und inwieweit die auf oldenburgischem Gebiete vorgenommenen Einbauten in den Jadedeichen die Erhaltung der Fahrwassertiefen vor Wilhelmshaven und von da bis zur offenen See benachtheiligten und eventuell welche Maßregeln zur Beseitigung solcher Benachtheiligung erforderlich werden möchten, eine Untersuchung der örtlichen Verhältnisse durch einen Sachverständigen zu veranlassen und das Ergebnis der Untersuchung dem Bundesrathe mitzutheilen. Gleichzeitig wurde an die oldenburgische Regierung das Ersuchen gerichtet, bis zu weiterer Beschlußfassung des Bundesrathes ohne vorherige Verständigung mit der Admiralität keine Bauten oder sonstige Anlagen an der Jade vorzunehmen oder zu gestatten, welche den bermalen bestehenden Zustand zum Nachtheil der gedachten Fahrwassertiefe verändern könnten.

Die vom Bundesrathe beschlossene Untersuchung der örtlichen Verhältnisse des Jadedeichens wurde vom Reichskanzleramt zunächst wiederum dem Wasserbaudirector Dalmann in Hamburg und nach dessen im August 1875 erfolgten Ableben dem königl. preuß. Geh. Oberbaurath Gerke übertragen, welchem oldenburgischer Seits der damalige Bau-rath Nienburg zugeordnet ward, und war Ende October 1877 soweit zum Abschluß gelangt, daß das ausgearbeitete Gutachten dem Reichskanzleramt vorgelegt werden konnte. Dieses Gutachten neigte sich mehr als das frühere Dalmannsche der von Oldenburg vertretenen Auffassung zu, daß der Durchschlag das Fahrwasser der Jade nicht erkennbar beeinträchtige, glaubte aber ein abschließendes Urtheil noch von in zehnjährigen Zwischenräumen zu wiederholenden weiteren Untersuchungen abhängig machen zu sollen.

Durch den Bundesrathsbeschluß vom 13. Febr. 1875 war die oldenburgische Regierung insofern in eine schwierige Lage gerathen, als es auch in Beziehung auf den Durchschlag des Bundesrathes Änderungen des bestehenden Zustandes vorzunehmen, und demnach auf denselben weitere Verwendungen als die zur Unterhaltung unbedingt nothwendigsten nicht gemacht werden konnten. Deshalb wendete sich, als im Juli 1878 die Angelegenheit noch nicht weiter gefördert schien, das Staatsministerium mit einem Schreiben an das Reichskanzleramt, in welchem um möglichst schnelle Herbeiführung einer Entscheidung des Bundesrathes darüber, ob der Durchschlag fortgesetzt werden dürfe oder nicht, gebeten wurde, da bei der Feststellung des in der Bearbeitung begriffenen Budgets für die Finanzperiode 1879/81 eventuell über die Verwendung erheblicher Mittel auf den Durchschlag Beschluß gefaßt werden müsse, welche unumgänglich erseine, wenn nicht das Werk in seinem unfertigen Zustande dem Verfall vollständig preisgegeben werden solle. Hierauf erfolgte unterm 14. September 1878 die Erwiderung, daß dem Bundesrathe voraussichtlich bald der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Reichskriegshafen, zugehen werde, und daß bei der Beschlußfassung über diesen Gesetzentwurf der Bundesrath in der Lage sein dürfte, auch über die Fortdauer der am 13. Februar 1875 beschlossenen Sistirung der Einbauten in die Jade zu beschließen.

**Bekanntmachung.**

Die Rechnung der katholischen Kirche zu Oldenburg pro 1883/84 liegt vom 20. d. bis 3. f. Mts. in der Registratur auf dem Rathhause zur öffentlichen Einsicht aus.  
Oldenburg, den 14. Novbr. 1884.  
**Vorstand der kath. Kirche.**  
v. Schreud.

**Letzte Vorlesung**

von **Dr. Otto Devrient**  
Mittwoch, den 19. Novbr.  
Abends 7 Uhr.  
Das goldene Zeitalter des Drama's bei den Franzosen.  
(Corneille, Racine, Molière.)  
Einkarten zu Mz. 1,50 und Schülerbillets zu Mz. 0,50 sind in der Ferd. Schmidt'schen Buchhandlung und an der Abendclasse zu haben.

**Uhren- und Goldwaaren-Lager**

von **G. Wiebking, Uhrmacher, Markt 11.**  
**Ausverkauf.**

Wegen Aufgabe des Goldwaaren-Lagers werden die Sachen zu außerordentlich billigen Preisen verkauft und zwar zu Inventur-Preisen, Einkaufs-Preisen und ganz niedrigen Netto-Preisen, je nach der Zeit, je lange die Sachen auf Lager sind. Das Lager bietet eine reiche Auswahl in sehr feinen und billigen Sachen und dürfte schon jetzt Gelegenheit geben, Dispositionen für passende Weihnachtsgeschenke zu treffen.

**Bettfedern und Daunen**

in doppelt gereinigter staubfreier Waare empfehle zu folgenden Preisen:

graue Federn	1/2 kg (1 A)	M. 0,70, 1,00, 1,20, 1,50 und 2,00,
graue Halbdauen	" "	" 2,25,
weiße Federn	" "	" 2,50, 3,00, 3,25, 3,50, 3,75,
weiße Halbdauen	" "	" 4,00, 4,50,
weiße Daunen	" "	" 6,00, 8,00.

Bei Abnahme von 10 halb. kg 5 Proc. Rabatt.

Ferner alle Sorten:  
**Bettredelle, Daunendresse und Federleinen,**  
Tischtücher, Servietten, Handtücher, 10/16 und 12/14 Leinen und Halbleinen zu Bettzwecken empfehle in guten Qualitäten zu den billigsten Preisen.  
Genähte Zultite, Uebergüge, Betttücher etc. sind stets auf Lager.  
Fertige Betten liefere schon von 35 Mz. an.

**Aug. Bruhn, Haarenstr. 54.**

**T**  
nur kräftige unverfälschte Ware  
bei **J. Heinr. Hoyer**  
**hee** Oldenburg.

**Inserate**

in sämtliche Oldenburgische, Bremische, Hannoverische, sowie in alle andere auswärtige Blätter werden durch die

**Annoncen-Expedition**  
von **Büttner & Winter**  
(gegründet 1868),  
in Oldenburg,

unter Berechnung nach den Originalpreisen u. ohne alle Nebenkosten, prompt und discret vermittelt.

Kostenvoranschläge werden auf Wunsch gern vorher aufgestellt. — Zeitungs-Cataloge werden auf Verlangen gesandt und zwar gratis und franco.

**Familien-Nachrichten.**

**Geboren:** Peter Ramsauer, Oldbg., 1 T.  
**Gestorben:** Ww. Nienke Marie Tiaris geb. Carstens, Oldbg. — Schmiedemeister Joh. Schmachtel, Oldbg. — Zimmermann Heinrich Marks, Osterburg. — Wittwe Peterien geb. Maas, Bchta. — B. Schneider's Söhne Bernh. Theodor, Osterbg.